

Dresdner Volkszeitung

Z. 1914. 73.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes



Abonnementpreise mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen einschließlich 2 Pf. 70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. 50 — Briefzeitung tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3468. Sprechtunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Einzelhefte werden die Einzelhefte Centime mit 20 Pf. berechnet, bei demnachige Werbungszettel wird Rabatt gewährt. Vereinsabgaben 25 Pf. Interesse müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden's Volkszeitung.

Nr. 1.

Dresden, Donnerstag den 2. Januar 1913.

24. Jahrg.

Über die neuen türkischen Lebensvorschlüsse wurden von den Staatsbegehrten abgelehnt.

In der spanischen Kammer erklärten zahlreiche Konservative ihre Demissionen.

Am Schwarzen Meer starb bei einem Seeboden ein Riesenkrebstier mit 17 Häusern im Meer.

Die Hotelbesitzer in Reuhort trafen heute in dem Gemeinderat.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchbruder feiert heute sein 50jähriges Erscheinen.

England im Jahre 1912.

Von unserem Korrespondenten wird uns geschrieben:
Lond., 31. Dezember 1912.

Das Jahr 1912 wird in der Geschichte Englands denkwürdig bleiben als das Jahr des allgemeinen Bergarbeiterstreiks. Das war weit mehr als ein gewöhnlicher Lohnkampf zwischen Kapital und Arbeit. Zum erstenmal fühlte die herrschende Klasse Englands, daß sie vor der Aufgabe stand, ihre Kräfte mit denen des modernen Proletariats messen zu müssen. Man hatte schon im vorigen Jahre einen allgemeinen Eisenbahnerstreik durchgemacht. Aber der war vorüber, ehe man sich seines Ernstes bewußt werden konnte, und dann hatte die herrschende Klasse die beruhigende Erwartung, daß ein Eisenbahnerstreik seinen schwersten Schlag in den ersten Tagen führt, daß aber seine verderblichen Wirkungen sich dann allmählich in dem Maße mildern würden, wie es gelingt, einen eingeschränkten Verkehr mit Streikbrechern herzustellen. Ganz das umgekehrte Bild bot der Bergarbeiterstreik. Die ersten Tage, ja Wochen konnten, wenn man sich nur von der Phantasie nicht leiten lieh, ruhig ertragen werden, das allgemeine wirtschaftliche Getriebe konnte mit gewissen Einschränkungen seinen Fortgang nehmen. Aber mit jedem Tage mußte die Ausdehnung sich vergrößern. Die Bergarbeiter musterhaft organisiert, von Streikbrechern keine Spur. Können Lokomotiven zur Not auch von Soldaten oder Disziplinanten geföhrt werden, so können sie, wenn sie versuchen wollen, in die Grube zu fahren, sich vielleicht Rheumatismus holen, aber gewiß keine Kohle. Und am Ende stand das Chaos, der lebhafteste Untergrund: alle Ääder stehen still, nicht nur die Ääder des wirtschaftlichen Lebens, sondern auch der Staatsgewalt, der ganzen 'Zivilisation'. Sechs Wochen dauerte der Kampf. Der Ministerpräsident des gewaltigsten Reiches, das die Welt je gesehen, kam in die Delegationenversammlung der streikenden Grubenarbeiter und suchte sie an, ein Kompromiß anzunehmen. Die Bergarbeiter blieben fest. Wir wissen, wie der Kampf endete. Das Parlament — Lords und Gemeine — mußten sich dazu bequemen, den Bergarbeitern innerhalb fünf Tagen einen gelegigen Minimumlohn zu garantieren und diesen den hochmütigen Grubenherren aufzuzwingen. Der größte Sieg, den das moderne Proletariat je im offenen Kampfe errungen hat. Daß der Sieg kein absolut vollständiger war, daß nicht das Gesetz selbst, sondern die von ihm eingesetzten Einigungsämter die Höhe des Minimallohns festzusetzen hatten, fällt dabei wenig ins Gewicht. Der Kampf war eine herrliche Offenbarung der Arbeiterolidarität. Die Arbeiter waren dauernd absolute Herren der Situation geblieben, wenn sie in voraus nicht nur die unmittelbare, sondern die tiefere Bedeutung ihres Kampfes voll erkannten und demgemäß ihre Pläne eingerichtet hätten. Aber das wäre eine Leistung gewesen, die man gerechterweise von ihnen noch nicht erwarten konnte. Und so kam die herrschende Klasse noch diesmal mit einem blauen Auge davon.

Damit war die große englische Streikbewegung abgeschlossen. Es kam der verunglückte Londoner Oelarbeiterstreik, es folgten die gewöhnlichen kleineren Streikämpfe. Aber sie konnten das allgemeine Ergebnis der großen Arbeiterrevolte nicht mehr beeinflussen. Die Arbeiter fast aller Berufe erzielten mehr oder minder beträchtliche Lohnhöhungen, mit denen sich die Unternehmer infolge der Hochkonjunktur freilich leichter abfanden. Dieses Ergebnis mag dauernd bleiben oder nicht, aber es ist bei weitem nicht das wichtigste Ergebnis der Arbeiterrevolte. Die englische Arbeiterklasse ist heute eine andere wie vor zwei Jahren. Sie hat sowohl an Kraftbewußtsein wie an tatsächlicher Kraft enorm zugenommen. Sie steht heute auf einer höheren Stufe der sozialen Macht als vor der Arbeiterrevolte. Eine politische Partei der Arbeiterklasse hat sich gebildet, die nicht nur Zahlen festzusetzen in einem Parlament sich aber die herrschenden Klassen nicht entgegen können.

Das ist die politische Entwicklung, auch auf politischem Gebiete geschärfert. Direkt noch sehr wenig, wohl aber indirekt. Die Arbeiterklasse war schon an sich nicht rein wirtschaftlicher Natur, und bei jedem einzelnen der großen Streiks spielte der politische Kampf eine hervorragende Rolle. Aber es ist Tatsache, daß weder die Arbeiterpartei noch die sozialistischen Parteien einen irgendwie auffälligen Fortschritt zu verzeichnen haben. Die englische Arbeiterklasse hat noch keine Zeit gehabt, die Früchte dieser großen Kämpfe auch auf politischem Gebiete zu verwirklichen. Man muß ihr Zeit lassen, die neuen gewonnenen Kräfte zu entwickeln.

Dazu war die Zeit bisher nicht günstig. Die wirtschaftliche Bedeutung der großen Kämpfe mußte die politische naturgemäß in den Schatten stellen. Auch fehlte es überhaupt an großen Kämpfen und Kampfobjekten rein politischer Natur. Aber die Tendenzen sind nicht ohne weiteres deutlich erkennbar. Vor allem kann von Syndikalismus in England überhaupt nicht die Rede sein. Unleugbar ist, daß die maßgebenden Führer der Arbeiterpartei den neuen Geist noch nicht begriffen haben. Die Hoffnung bleibt nach wie vor bei der Masse der Mitglieder der Arbeiterpartei, d. h. bei der Masse der organisierten Arbeiter.

In der allgemeinen inneren Politik hat das Jahr keine großen Leistungen gebracht. Das ganze Sessionsprogramm der Regierung — Home Rule, Kirchenrentalteilung in Wales, Wahlreform, Osborne-Vorlage — bleibt in seinem entscheidenden Stadium noch im neuen Jahre zu erledigen. Es ist ein Programm, das auch die Arbeiterklasse vermischt und aus dem Wege sehen will. Das ist der wahre Grund des jämmerlichen Fiaskos der Konservativen. Das Sozialversicherungsgezet ist trotz der konservativen Ängstlinge über die schmerzte Zeit hinweg. Die Revolte der Ulsterirren gegen die Home Rule ist endlich zusammengebrochen. Die Anschläge gegen die Rechte der Gewerkschaften haben sich bisher als ein köstliches Fiasko erwiesen. Jetzt ist die ganze Schutzorganisation elendiglich zusammengebrochen.

Als das hat zunächst die liberale Regierung von den sie bedrohenden Schwierigkeiten und Gefahren befreit. Aber es wäre sehr kurzichtig, darin die Bedeutung dieser politischen Wandlungen erschöpfend zu sehen. In ihnen zeigt sich vielmehr indirekt jene soziale Nachberichtigung, die sich in der Arbeiterrevolte vollzog. Die Arbeiterklasse ist mehr als bisher auch in Politik zum maßgebenden Faktor geworden. Das Falllassen der Nahrungsmittelzölle durch die Konservativen ist nur die Anerkennung dieser Tatsache. Die Industriegebiete werden direkt oder indirekt mehr und mehr von der Arbeiterpartei beherrscht. Das ist das einzige dauernde Merkmal der politischen Entwicklung Englands in den letzten Jahren. Die Arbeiterpartei mag noch nicht in der Lage sein, diese Industriegebiete in den Wahlen für sich selber zu erobern, aber eine bürgerliche Partei kann sie nur gewinnen, wenn sie den Forderungen der Arbeiterpartei weitgehende Rechnung trägt.

Die Forderung eines einflussreichen Teiles der konservativen Partei, die Lebensmittelzölle fallen zu lassen, bedeutet nur, daß diese Partei noch nicht alle Hoffnung aufgegeben hat, die Industriegebiete wieder zu erobern. Was wäre die Folge der endgültigen Niederlage der Saugpötmäher in der konservativen Partei? Inwiefern? Die Liberalen könnten dann die industriellen Wahlkreise nur dadurch behaupten, daß sie den Arbeitern noch weitgehendere Konzessionen machen. Dagegen hätten die Liberalen Aussicht, in ländlichen Wahlkreisen gegen die Konservativen, die den Vorkämpfer geopot, anzutämpfen und Lord George würde mit seiner Vordenkennung als Redner begriffen. Ob die Konservativen unter solchen Umständen besser wegkämen, ist sehr fraglich. Ungewiß ist auch, ob die Arbeiterpartei viele neue Mandate erobern könnte. Sicher ist aber, daß diese neue Fragestellung die bürgerlichen Parteien zwingen würde, die politische Entwicklung in Stadt und Land einen mächtigen Schritt vorwärts zu bringen und so dem Sozialismus vorzuarbeiten.

Der Toriesmus bricht zusammen, weil der politische Machtzuwachs der Arbeiterklasse die historischen politischen Verhältnisse umgewälzt hat. Der Liberalismus behauptet sich, weil der Toriesmus jetzt noch die einzige Alternative ist. Es ist die Aufgabe der nächsten Jahre, eine andere Alternative zu schaffen.

Frankreich im Jahre 1912.

Von unserem Korrespondenten.

pa. Paris, 31. Dezember.

In der auswärtigen wie in der inneren Politik brachte das Jahr 1912 der dritten Republik Ereignisse, die für ihre zukünftige Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung sein werden. Auf dem Gebiete der Weltpolitik hat Frankreich gezeigt, daß es trotz der Niederlage von 1870 sich unter den Großmächten eine erste Stelle zu erhalten wußte: in den Anfangswochen des Jahres konnte der Senat dem deutsch-französischen Marokkovertrag zustimmen, der das nordafrikanische Kaiserreich Frankreichs Protektorat überließ — in den letzten Wochen des Jahres durfte der Ministerpräsident Poincaré mit Recht darauf hinweisen, daß Frankreich zur Vermeidung eines europäischen Krieges sein möglichste beigetragen habe, indem es die Initiative zu gewissen Vorschlägen ergreift, die gegenwärtig in der einen oder in der anderen Form befolgt werden.

In der inneren Politik bildet die Besetzung der herrschenden radikalen Partei die auffällige Erscheinung. Trotzdem sie immer noch in der Kammer und im Senat über eine Mehrheit verfügt, ist es ihr nicht gelungen, die Regierung in ihren Händen zu behalten. Der Sturz des radikalen Ministerpräsidenten Caillaux, der mit der Annahme des Marokkovertrages in engstem Zusammenhange stand, brachte im Januar den ehemaligen Balmcaré

ans Ruder, der sich allerdings zu Mitarbeitern ausschließlich Abgeordnete und Senatoren der radikalen Linken anschloß. Die Krisengerichte, die schon einige Wochen nach Poincarés Antritt von den Radikalen eifrig verbreitet wurden, zeigten am besten, daß sie die Lage erkannten, in die sie dadurch versetzt wurden, daß keiner der übrigen der politischen Geschäfte Frankreichs seitdem in dem Jahre, das der Wahl des Präsidenten der Republik vorrangig. Aber Poincaré vermochte sich ihren Anträgen zum Trotz zu halten; und da er sich nach einem gewissen Jögern entschieden auf die Seite derjenigen stellte, die eine gründliche Wahlreform fordern, fand er in der Kammer eine feste Mehrheit hinter sich, die sich aus allen Abgeordneten mit Ausnahme von zweihundert Radikalen zusammensetzte. Während Frankreich im Jahre 1911 drei Ministerwechsel erlebt hatte, mußte es sich im Jahre 1912 mit einem einzigen begnügen.

Daß die Radikalen im Lande noch eine starke Mehrheit hatten, zeigten die Gemeinderatswahlen, die im Mai stattfanden. Überall konnten die Sozialisten dabei wesentliche Fortschritte verzeichnen; aber die übergroße Mehrheit der französischen Gemeinden blieb in den Händen der Radikalen. Dort, wo es sich nur um lokale Interessen handelt, dort, wo der Präsekt noch wirksam eingzugreifen versteht zugunsten der herrschenden Partei, wo der Republikanismus sich mit einem gewissen konservativen Geist verbindet, wie das in zahllosen bäuerlichen Gemeinden der Fall ist, erringt die radikale Partei noch ihre alten Erfolge. Aber eben diese Sorte von Erfolgen lasten auf ihr: ihre reformatorische Energie ist gebrochen, und sie sucht alles, was am gegenwärtigen Verwaltungssystem zu nützen versucht. Daraus erklärt sich ihr brutaler Widerstand gegen die von der Kammermehrheit verlangte Einführung des Proporz an Stelle des Bezirkswahl-systems. Keine Frage hat in der inneren Politik im Jahre 1912 eine solche Rolle gespielt, wie die der Wahlreform. Da der Senat auf Grund eines indirekten und ungleichen Wahlrechts zustande kommt, und da der Proporz nur die Zusammensetzung der Kammer betrifft, so wird sich der Konflikt zu einem Kampfe zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und dem beschränkten ausweiten, wenn sich das Plenum des Senats auf den Standpunkt seiner Kommission stellen sollte.

Diese Frage hat die politischen Parteien so stark interessiert, daß es eines Ereignisses wie des Balkankrieges bedurfte, um der Aufmerksamkeit eine andere Richtung zu geben. In den Monaten Juni und Juli war es zu einer argen Proletenzureunung im ganzen Lande gekommen, ohne daß die Mehrheit zu veranlassen war, die dazu gestellten Anträge der Sozialisten anzunehmen oder nur gründlich zu beraten, um Abhilfe zu schaffen. ... Die Proporz — die Antiproporz — laute aber alles andere überwindende Schlachtruf der bürgerlichen Politiker. ... In Marseille und anderen Hafenstädten kam es zur selben Zeit zu einem Streik der Seeleute, von denen die Abschaffung eines Jahrhundert alten Anwerbestystems gefordert wurde, das sie einem halbunwürdigen Leben unterworfen hat und sie wirtschaftlich in der antidemokratischen Weise unterjocht: der Streik dauerte nicht weniger als 75 Tage. Von den Sozialisten wurden in der Kammer alle Anstrengungen gemacht, um die Regierung und die Mehrheit zu bewegen, zugunsten der Streikenden einzugreifen und die Schiffsgesellschaften zu zwingen, auf die Forderungen der Seeleute einzugehen. Um den Scheitern zu wahren, machte die Regierung einige schwache und energielose Gesten, veröffentlichte die radikale Presse ein paar Artikel, die den Streikenden recht gaben; aber Regierung und Radikale vergaßen die Seeleute sehr rasch wieder, um sich dem Wahlreformkampfe noch eifriger zu widmen. ...

Als der französische Ministerpräsident nach Petersburg aufmachte, fing die bürgerliche Presse an, die Frage der Wahlreform etwas ruhiger zu lassen. Der diplomatischen Reise war die Werbung vorausgegangen, daß zwischen Frankreich und Rußland eine militärische Seekonvention abgeschlossen worden sei. Die Bevölkerung begann zu empfinden, daß sich hinter den Außerordentlichen Ereignissen vorbereiteten. Ueber die Reise Poincarés und ihre Zwecke wurde nicht allüberall bekannt. An Verschönerungsbefehlen, deren Text sich von dem tausend ähnlicher nicht unterscheidet, fehlte es selbstverständlich nicht. Heute weiß man, daß die Spalierfahrt Poincarés nach St. Petersburg (bei der er unterwegs von deutschen Völkern hoflich begrüßt wurde), die kurz darauf erfolgte Reise des russischen Ministers des Auswärtigen Sazonow nach Paris, ein Vorbild der selber auf dem Balkan eingetretenen Ereignisse waren. Sie bilden auch einen Beweis dafür, daß die Diplomaten Europas keineswegs das Recht hatten, eine solche „Ueberraschung“ zu heucheln, als die bulgarisch-serbisch-griechischen Kanonen zu krachen anfangen.

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß Poincaré auch vor der Ausbruch des Krieges auf diplomatischem Wege eifrig für die Erhaltung des Friedens gearbeitet hat; denn die herrschenden Klassen haben das größte Interesse an der Wirtschaftlich Frankreich nie glänzender da: die Whan-Gattinissen, die über die Blaud-Produkte veröffentlicht wurden, lassen die aufsteigende Kurve erkennen, die selbst durch die Ereignisse auf dem Balkan nicht ungünstig beeinflusst wurde. (Gewisse Spekulationskataklyppen an der Börse gehören zu einem